



Diana Stöcker
Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordnete des Wahlkreises
Lörrach-Müllheim
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030-227-71624
E-Mail: diana.stoecker@bundestag.de
www.diana-stoecker.de

5. September 2023

Stöcker: Entwurf zum Bundeshaushalt 2024 aus kommunaler Sicht enttäuschend /

Bundesregierung schwächt ländliche Räume und belastet Kommunalfinanzen /

Der Deutsche Bundestag berät in der laufenden Sitzungswoche in Erster Lesung den Entwurf des Bundeshaushalts 2024. Diana Stöcker (CDU), direkt gewählte Bundestagsabgeordnete im Wahlkreis Lörrach-Müllheim, kritisiert die finanzpolitische Prioritätensetzung der Ampel-Regierung:

„Der Entwurf zum Haushaltsplan 2024 ist aus kommunaler Sicht eine Enttäuschung. Mit dem Haushaltsplanentwurf hemmt die Bundesregierung die Integrationsbemühungen der Kommunen. Die Kommunen brauchen dringend mehr Mittel zur Bewältigung der Flüchtlingskrise – jetzt ist ein guter Zeitpunkt, nochmals wenigstens eine Milliarde Euro bereitzustellen.“

Zudem gefährdet die Bundesregierung die Zielstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse: Die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe zur

Folgen Sie mir auch auf den Social-Media-Kanälen:
Facebook <https://www.facebook.com/stoeckerdiana> und
Instagram <https://www.instagram.com/stoecker.diana>

Pressemitteilung



Diana Stöcker
Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordnete des Wahlkreises
Lörrach-Müllheim
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030-227-71624
E-Mail: diana.stoecker@bundestag.de
www.diana-stoecker.de

Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) sollen gekürzt werden, die Mittel der Städtebauförderung sollen gekürzt werden – ebenso Mittel zur telemedizinischen Versorgung und der Kulturförderung. All das geht in erster Linie zulasten der Kommunen im ländlichen Räumen.

Stöcker: „Die Bundesregierung fehlt ein nachhaltiges Konzept, um das Leben in ländlichen Räumen attraktiver zu machen. Um das Leben auf dem Land attraktiv zu machen, braucht es auch eine gute kommunale Infrastruktur. Voraussetzung dafür sind solide Kommunalfinanzen. Die Ampelkoalition belastet die Kommunalfinanzen allein durch die in der ersten Hälfte der Wahlperiode verabschiedeten Gesetze jährlich mit mehr als vier Milliarden Euro – Tendenz weiter steigend. Die Bundesregierung will bestellen aber nicht bezahlen. Die Kommunen können sich die Maßnahmen der Ampelpolitik nicht mehr leisten.“

Folgen Sie mir auch auf den Social-Media-Kanälen:
Facebook <https://www.facebook.com/stoeckerdiana> und
Instagram <https://www.instagram.com/stoecker.diana>

Pressemitteilung